



Gastkommentar

Kostenbremse Parität



Die gestörte Parität ist ein Kostentreiber im Gesundheitssystem, den es zu beseitigen gilt, fordert **Hans-Jürgen Urban**.

Wieder einmal. Die Einnahmen der gesetzlichen Krankenkassen drohen mit den Ausgaben für die gesundheitliche Versorgung nicht Schritt zu halten. Und das trotz guter Konjunktur, hohem Beschäftigungsstand und ansehnlichen Beitragseinnahmen. Die Ursachen dieser Misere sind in davon-eilenden Kosten zu suchen. Laut Statistik der Krankenversicherung sind die Ausgaben für Arzneimittel zwischen 2011 und 2015 um fast 20, die für ärztliche Behandlung um rund 24 und die für Krankenhausbehandlung um 16 Prozent gestiegen.

Doch diese Analyse der Kostenprobleme im Gesundheitssystem ist defizitär. Ein wesentlicher Kostentreiber bleibt unerwähnt. Und der wurzelt im Finanzierungsmodell der gesetzlichen Krankenversicherung, das Gesundheitsminister Gröhe 2015 ins Leben gerufen hat. Es sieht vor, dass der allgemeine Beitragssatz zur Krankenversicherung bei 14,6 Prozent festgeschrieben wird und von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch zu tragen ist. Sind die Mittel, die den Kassen aus dem Gesundheitsfonds zufließen, nicht ausreichend, können

sie kassenindividuelle Zusatzbeiträge erheben. Diese sind gleichwohl allein von den Versicherten zu tragen.

Gegenwärtig liegt der von den Versicherten zu tragende durchschnittliche Zusatzbeitragssatz bei 1,1 Prozent. Nach Schätzungen dürfte er bis 2019 auf bis zu 1,8 Prozent steigen. Die einseitige Versichertenbelastung schafft eine Interessen- und Anreizstruktur, die als Kostentreiber wirken muss. So zahlen Versicherte mit Einkommensabzügen und Konsumverzicht für kostentreibende Innovationen. Ihre Kosten-Nutzen-Bilanz verschlechtert sich, zumal es sich vielfach um Scheininnovationen mit fragwürdigem Nutzen handelt.

Anders bei den Arbeitgebern. Mit der Freistellung vom Kostenzuwachs erlahmt das Interesse an der Kostendämpfung. Mehr noch: Wachsende Ausgaben für stationäre, ambulante und medikamentöse Versorgung bedeutet für die Anbieter der Leistungen expandierende Märkte und weitere Umsatz- und Gewinnchancen. Das kann nicht gutgehen. Mit dem Abschied von der paritätischen Finanzierung des Gesundheitssystems und der Entlastung der Arbeitgeber von künftigen Kostensteigerungen hat die Arbeitgeberseite das Interesse an einer umsichtigen Ausgabenpolitik im Gesundheitssystem verloren. Während die Versicherten mit Einkommens- und Konsumverzicht überzogene Gewinninteressen von Pharmaindustrie, Apotheken, Ärzten und Krankenhauskonzernen finanzieren müssen, können sich die Arbeitgebervertreter in der sozialen Selbstverwaltung zurücklehnen. Wen das Gerechtigkeitsargument nicht beeindruckt, der sollte sich bei dem Plädoyer für die Rückkehr zur Parität von ökonomischer Rationalität überzeugen lassen.

Der Autor ist geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com



„Vielleicht ist der Spielraum zu ihrer Verbesserung etwas begrenzter als im Bereich der Wettervorhersage.“

Andrew Haldane, Chefvolkswirt der Bank of England, in einem Londoner Parlamentsausschuss zur Frage, wie verlässlich volkswirtschaftliche Prognosen seien



„Die wahre Existenz dieses Landes wurde einfach ignoriert und durch eine falsche ersetzt.“

Ajatollah Ali Chamenei, oberster iranischer Führer, hält eine Lösung der Palästinafrage mit Kompromissen für unmöglich

Stimmen weltweit

Neue Zürcher Zeitung

Die „Neue Zürcher Zeitung“ findet, dass der **Verkauf von Opel an den französischen PSA-Konzern** die Politik nichts angeht.

Die deutsche Regierung ist besorgt, ebenso die britische. Selbst in Paris schrillen die Alarmglocken, obwohl die französische Firma als Käuferin agiert. (...) Allerdings geht der Vorgang die Politiker gar nichts an. PSA und Opel sind weitestgehend private Unternehmen, wengleich Frankreich an PSA einen Anteil von rund 14 Prozent hält. Entsprechend hat sich die Politik in einer Marktwirtschaft aus Fusionen und Akquisitionen herauszuhalten. Es sollte gerade in der EU selbstverständlich sein, dass Unternehmen grenzüberschreitend andere Firmen kaufen - egal in welche Richtung. Dabei obliegt es den Gewerkschaften, Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen - und nicht den Politikern. Das gilt umso mehr in Deutschland, wo Tarifautonomie herrscht. Es war noch selten zum Wohle eines Unternehmens, wenn es zum Spielball der Politik wurde. Opel ist das beste Beispiel für eine Firma, die Jahrzehnte vor sich hin siecht, weil auch wegen politischer Einflüsse die Sanierung nicht vorankommt und Arbeitsplätze künstlich erhalten werden.

theguardian

Der britische „Guardian“ kommentiert die **Schweden-Äußerungen Donald Trumps** und sieht in dem Land den Patriotismus gestärkt.

Für einen Großteil der schlecht informierten und bornierten Leute (in den USA) (...) ist Schwedens Problem nicht, dass es dort inzwischen ähnliche soziale Missstände gibt wie in Amerika, sondern dass das Land angeblich zu muslimisch geworden ist. Dies mag eine zu subtile Analyse sein. Vielleicht würde man bei Fox News meinen, dass das Problem in beiden Fällen die Anwesenheit von Schwarzen ist, ob man sie nun „Muslime“ nennt oder nicht.

Was immer törichte Konservative in den USA denken sollten, Schweden ist keine Frontlinie in einer Schlacht der Zivilisationen. Der unmittelbare Effekt der Anmerkung Trumps wird für Schweden vermutlich wohltuend sein. Die Welle des Spotts, die sie auslöste, dürfte in Schweden zu einem Aufschwung des Patriotismus geführt haben. Jedoch ist das Land auch mit ernsthaften Problemen konfrontiert, für die es keine kurzfristigen Lösungen gibt.

CORRIERE DELLA SERA

Die italienische Tageszeitung „Corriere della Sera“ kommentiert den **Machtkampf in der Regierungspartei PD** und den Rücktritt des Vorsitzenden Matteo Renzi.

Die sozialdemokratische Partei war eine Utopie. Und eine Utopie kann man nicht zweiteilen. Es ist ein bisschen wie mit der Freiheit: Sie ist unteilbar. Was am Sonntag passiert ist, ist deshalb nicht wirklich eine Aufspaltung, sondern ein Ende. Keiner der beiden Stummel, die übrig bleiben, können je die Seele des Projekts, nicht einmal seine Kraft wiedererlangen. (...) Zurzeit schauen die Dummen auf die Umfragen und rechnen sich aus, wie viel sie verlieren und wie viel sie gewinnen. Die Klugen sollten auf das Risiko schauen, das sich durch die Krise des Partito Democratico auftut. Es ist ein gefährliches Vakuum. Wenn die Ära des Optimismus die PD hervorgebracht hat, leben wir nun im Zeitalter des Pessimismus.